

Den Wandel begleiten

Jahresbericht
des Öko-Instituts
2011



Planungsverfahren
 Emissionshandel
 Energiewende
 international
 Elektromobilität
 Klimaschutz
 Unternehmen
 Stand-by
 PROSA
 Ökosysteme
 RED+
 EU
 GAU
 Umweltschutz
 Politik
 Fukushima
 Forschung
 Ressourcen
 Endlagerung
 Konsum
 Biodiversität
 ÖPNV
 Recycling
 Kernschmelze
 Logistik
 Beteiligung
 Vertrauen
 Seltene Erden
 Energieeffizienz
 Gesellschaft
 Ökobilanz
 Analyse
 Nachhaltig
 CO2-Fußabdruck
 Atomausstieg
 Strommarkt
 Glaubwürdig
 Lebenszyklus
 Treibhausgase

Inhalt

Jahresbericht des Öko-Instituts e.V. 2011

„Von Umbrüchen und neuen Aufgaben“	
Rückblick auf das Jahr 2011	4
Globale Herausforderungen gemeinsam angehen	
	6
Menschen, Orte, Zahlen	
Entwicklung des Öko-Instituts 2011	7
Den Wandel begleiten	
Ausgewählte Projekte 2011	8
Fukushima: Die Katastrophe im Blick	9
Energiewende: Auf dem richtigen Weg	10
Nachhaltige Ressourcen: Von null auf nötig	11
Privater Konsum: Wegweiser zur Nachhaltigkeit	12
Elektromobilität: Mehr Strom auf die Straße!	13
Energieeffizienz: Stromfressern auf der Spur	14
Strom + Wasser = Kosten	15
Transparent: Treibhausgasemissionen in der Logistik	16
Endlagersuche – eine nationale Aufgabe	17
Ökosystemleistungen: Die gehandelte Natur	18
Veränderungen für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft	
Die Auftraggeber des Öko-Instituts	19
Wandel und Beständigkeit	
Leitung des Öko-Instituts	20
Neues aus der Welt der Kommunikation	
Soziale und klassische Medien	22
Mitglieder sorgen für Beständigkeit	23

Impressum



© Öko-Institut e.V.
Institut für angewandte Ökologie
Stand: 03/2012

Redaktion:
Mandy Schoßig (verantwortlich)
Christiane Weihe, www.wortspektrum.de

Öko-Institut, Büro Berlin
Schickler Straße 5-7
10179 Berlin
redaktion@oeko.de
www.oeko.de

Gestaltung und Layout:
Bertram Sturm, www.bertramsturm.de

Druck:
LokayDruck, www.lokay.de
Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

Titelfoto:
istockphoto.com/Brian A Jackson

Von Umbrüchen und neuen Aufgaben

Gedanken
zum Jahr 2011

Liebe Leserinnen
und Leser,

Was für ein Jahr! Hatten Sie auch den Eindruck, dass im vergangenen Jahr so viel passiert ist, als würde es für zwei oder drei reichen? Bereits der Jahresbeginn war mit den Ereignissen im März außergewöhnlich – Fukushima und die darauffolgenden, hart umkämpften energiepolitischen Entscheidungen in Deutschland sind wohl Meilensteine für die Energiezukunft in Deutschland und ganz konkret für unsere Arbeit im vergangenen Jahr. Aber auch andere wichtige Entwicklungen jenseits der Umweltpolitik prägten das Jahr, die Menschen und Gesellschaften rund um den Globus: die Finanzkrise, die einzelne Länder in Europa erreichte oder die großen Umbrüche in der arabischen Welt, um nur zwei zu nennen. In Deutschland erleben wir den ersten grünen Ministerpräsidenten, der vor großen Aufgaben steht. Die Vermittlung zwischen staatlichen Aufgaben, unternehmerischen Interessen und den berechtigten Ansprüchen der Bürgerinnen und Bürger gehört dazu.

Diese und weitere Ereignisse machen 2011 zu einem besonderen für das Öko-Institut. „Den Wandel begleiten“ ist ein Leitsatz, der die letzten 12 Monate unserer Arbeit sehr gut beschreibt. Wir haben uns dabei, entsprechend unseren Zielen und Wertvorstellung, immer wieder kritisch in die öffentliche Diskussion eingebracht, wissenschaftlich begründete Lösungen vorgeschlagen und die fachliche Arbeit in der Politik begleitet. Nicht immer bequem, aber mit einem klaren Blick auf die Herausforderungen sowie mit konstruktiven Ideen und Vorschlägen.

**Fukushima – Die
Risikowahrnehmung
wandelt sich**

Die Ereignisse in Japan aus dem März mit Erdbeben, Tsunami und den katastrophalen Folgen auf die Kernkraftwerke an der Ostküste des Landes – sie bewegten viele von Ihnen über Wochen. Das, was uns Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus der Theorie und aus glücklicherweise wenigen Ereignissen in der Vergangenheit bekannt ist, lief mit erschreckender Präzision in Fukushima ab. Die Kühlung der Reaktoren fiel aus, die Notstromaggregate versagten, es kam zu Wasserstoffexplosionen und zu Kernschmelzen. Der Super-GAU in einem normalen Kernkraftwerk in einem fortgeschrittenen Industrieland war eingetreten.

Diese Ereignisse fortlaufend einzuschätzen, sie unabhängig zu bewerten und neutrale Vorhersagen über mögliche weitere Entwicklungen zu machen – das waren die Anforderungen von Öffentlichkeit und Medien an das Öko-Institut in den Wochen und Monaten nach dem 11. März 2011. Telefonleitungen in der Pressestelle waren dauerbelegt; unsere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unermüdlich im Einsatz um aktuelle Informationen und klare Bewertungen. Ihre Kommentare und Einschätzungen waren in hunderten Fernsehbeiträgen und Zeitungsartikeln zu lesen und trugen dazu bei, dass sich die Menschen in Deutsch-

Fukushima **Wandel** **Lösungen** konstruktiv **Energiev**

land aber auch im Ausland ein sachliches Bild von Risiken und Gefahren machen konnten.

Energiewende in Deutschland

Die Risiken, die im März und April zur realen Bedrohung für die japanische Bevölkerung wurden, ließen auch die Politik in Deutschland nicht unberührt. Die Laufzeitverlängerung für die deutschen Kernkraftwerke, erst im Oktober des Vorjahres beschlossen, stand erneut zur Debatte. Auch jetzt waren Expertinnen und Experten des Öko-Instituts gefragt, wenn es um die Berechnung von möglichen Energieszenarien ohne Kernenergie in Deutschland, Fragen nach der Sicherheit der Stromversorgung und nach Stromimporten aus dem Ausland ging. Um zu zeigen, dass ein Umdenken möglich und Alternativen machbar sind, leisteten wir wissenschaftliche Überzeugungsarbeit in politischen Gremien. Wir präsentierten dort und in der Öffentlichkeit unabhängige wissenschaftliche Erkenntnisse und konnten in Stellungnahmen vor der Ethikkommission und Anhörungen im Bundestag deutlich machen, dass eine Energieversorgung in Deutschland möglich ist, ohne die Risiken der Kernenergie in Kauf nehmen zu müssen.

Ob man heute schon von Energiewende im eigentlichen Sinne sprechen kann? Der Ausstieg aus der Kernenergie ist sicherlich ein großer Schritt in die richtige Richtung. Aber eine Versorgung mit Energie, die nachhaltig und vor allem klimafreundlich ist, braucht aus unserer Sicht weitere Anstrengungen. Der Ausbau der Strominfrastruktur, die Erschließung weiterer Energieeffizienzpotenziale in der Industrie, im Verkehr und im Gebäudebereich sind nur einige der Aufgaben, die noch gelöst werden müssen. Wir werden uns kontinuierlich einbringen, um Vorschläge dafür zu erarbeiten, aber auch um den Dialog mit den Menschen zu führen, die diesen Weg verstehen und mitgehen sollen.

Den Wandel begleiten – heute und in Zukunft

Wenn 2011 das Jahr der Energiewende war, so werden die kommenden Dekaden die ihrer Umsetzung. Mit den Vorgaben für den Ausbau der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz stehen wir vor weiteren Nachhaltigkeitsfragen: Wie gehen wir die drängende Frage der Endlagerung hochradioaktiver Stoffe nach der Abschaltung der Kernkraftwerke an? Wie lösen wir die wachsende Knappheit strategisch wichtiger Metalle wie beispielsweise der Seltenen Erden? Wie gelingt es, Städte und Kommunen zu einem Umdenken für mehr Nachhaltigkeit beispielsweise in der öffentlichen Beschaffung zu bewegen? Wie können wir noch mehr Menschen dazu motivieren, sich im Alltag klimabewusster zu verhalten?

Für viele anstehende Probleme brauchen wir weitere wissenschaftliche Forschung mit Ergebnissen, die heute und in Zukunft keine offenen Fragen zurück lassen. Dazu wollen wir auch in 2012 unseren Beitrag leisten. Darauf können Sie sich verlassen.

Viel Freude beim Lesen unseres Jahresberichts wünscht Ihnen Ihr

Michael Sailer
Sprecher der
Geschäftsführung
des Öko-Instituts

wende
Ausstieg
Alternativen
Endlagerung
Forschung

Globale Herausforderungen gemeinsam angehen

Das Öko-Institut arbeitet seit 1977 zu wissenschaftlichen Fragestellungen von Ökologie, Nachhaltigkeit, Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz. Gesellschaftliche und gesetzliche Rahmenbedingungen haben sich in den mehr als 30 vergangenen Jahren verändert; politische Gegebenheiten gewandelt. Mit diesen Veränderungen umzugehen und dabei stets das Beste für Mensch und Umwelt im Blick zu behalten ist eine unserer Kernkompetenzen. Wir arbeiten dabei an der Schnittstelle von Politik, Naturwissenschaft, ökonomischen, technischen, sozialwissenschaftlichen und rechtlichen Zusammenhängen.

Interdisziplinarität ist am Öko-Institut tägliche Arbeitsrealität. Unsere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler planen und setzen wissenschaftlich fundierte Lösungen von Anfang an in Teams mit verschiedenen Disziplinen und hervorragender Fachkompetenz um. Dabei schaffen sie eigene methodische und analytische Grundlagen und entwickeln Erkenntnisse der akademischen Wissenschaft weiter. Nicht zuletzt übersetzen sie Theorie in Praxis und tragen so zum reflektierten Handeln in Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft bei.

Ein veränderter gesellschaftlicher und politischer Rahmen bedeutet im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts auch, dass Nachhaltigkeitsprobleme nicht an Ländergrenzen halt machen. Internationale Ressourcenströme, der globale Klimaschutz und grenzübergreifende Entwicklung und Vernetzung umweltfreundlicher, erneuerbarer Energien sind nur drei von zahlreichen Herausforderungen, vor denen wir heute stehen. Für diese Lösungen zu entwickeln, die einer globalen Verantwortung gerecht werden, ist ein wichtiges Ziel unserer Arbeit. Dafür arbeiten wir in Netzwerken wie beispielsweise Ecornet, dem Verbund der freien Umwelt- und Nachhaltigkeitsforschungsinstitute, sowie für international agierende Auftraggeber wie zum Beispiel die Europäische Kommission, das Umweltprogramm der Vereinten Nationen UNEP oder die Europäische Umweltagentur EEA.

Standorte und Forschungsthemen

Die Forschungsteams des Öko-Instituts arbeiten standortübergreifend an einer Vielzahl von Themen rund um Umwelt und Nachhaltigkeit:

1977
Freiburg $48^{\circ}0'N, 7^{\circ}51'O$
Merzhäuser Straße 173

Die Geschäftsstelle des Öko-Instituts in Freiburg wurde im Jahr 1977 gegründet. Hier arbeiten heute 55 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Sonnenschiff, einem ökologischen Bürogebäude, das sich durch einen besonders niedrigen Energieverbrauch auszeichnet.

Schwerpunkte der wissenschaftlichen Arbeit sind die Themen Energie & Klimaschutz, nachhaltige Produkt-, Konsum-, Industrie- und Technologiepolitik sowie das umweltgerechte Chemikalienmanagement.

1980
Darmstadt $49^{\circ}52'N, 8^{\circ}39'O$
Rheinstraße 95

Das Darmstädter Büro des Öko-Instituts, gegründet 1980, ist nicht nur die Heimat der Nuklearforscherinnen und -forscher des Instituts. Neben Projekten zur Sicherheit nukleartechnischer Anlagen und Strahlenschutz arbeiten etwa 48 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch zu den Themen Umweltrecht und Governance, Nachhaltigkeit für Konsum und Veranstaltungen, Energiepolitik und beraten Unternehmen bei der Erarbeitung von umfassenden Nachhaltigkeitsstrategien.

1991
Berlin $52^{\circ}31'10"N, 13^{\circ}24'24"O$
Schicklerstraße 5-7

Das Berliner Büro des Öko-Instituts, das jüngste im Dreiergespann, feierte im vergangenen Jahr seine 20-jährige Gründung. Im Herzen des politischen Berlins arbeiten 39 Kolleginnen und Kollegen vorrangig zu den Themen der nationalen und internationalen Energie- und Klimapolitik, Umweltrecht sowie Nachhaltigkeit in Unternehmen, bei der Mobilität und bei Großveranstaltungen.

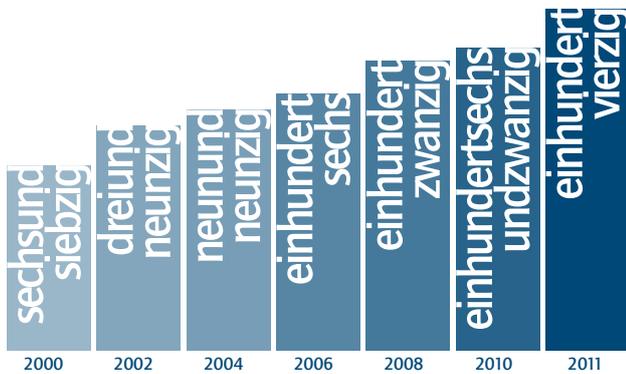
Menschen, Orte, Zahlen

Entwicklung des Öko-Instituts 2011

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Das Institut beschäftigt mehr als 140 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den drei Standorten Freiburg, Darmstadt, Berlin – darunter mehr als 90 wissenschaftlich Arbeitende.

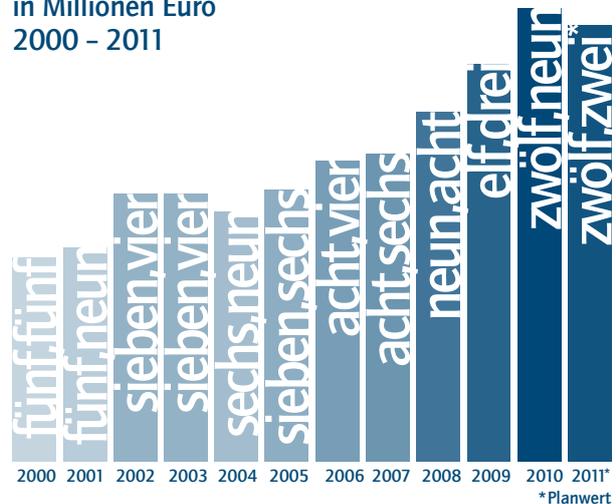
Personalentwicklung 2000 – 2011



Umsatz

Das Öko-Institut finanziert seine Arbeit in erster Linie über Drittmittel für Projekte sowie aus Beiträgen seiner Mitglieder und Spenden.

Umsatzentwicklung in Millionen Euro 2000 – 2011



Nachhaltigkeit am Öko-Institut

Das Öko-Institut achtet bei seiner operativen Arbeit auf einen nachhaltigen Einsatz aller Ressourcen. So nutzen alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts für ihre Dienstreisen innerhalb Deutschlands überwiegend die Bahn oder andere öffentliche Verkehrsmittel. Bei erforderlichen Flugreisen kompensiert das Institut die unvermeidbaren Treibhausgasemissionen durch einen Beitrag zur Finanzierung von Emissionsminderungsprojekten oder durch die Stilllegung von Emissionsrechten des Europäischen Emissionshandelssystems.

Darüber hinaus wird sich das Institut auch im Jahr 2012 einem Umweltcheck unterziehen, um weitere Treibhausgasemissionen, Energie, Papier, Wasser und andere Ressourcen einzusparen.

Auftraggeber

Zu den wichtigsten Auftraggebern gehören Ministerien auf Bundes- und Landesebene, Unternehmen, die Europäische Union sowie Nicht-Regierungsorganisationen und Umwelt- und weitere Verbände.

Der Verein

Das Öko-Institut ist als gemeinnütziger Verein organisiert. Es wird von einem Vorstand geleitet, der die Geschäftsführung bestimmt. Das Kuratorium berät das Institut zu strategischen Fragen.

Das Öko-Institut hat mehr als 2.500 Mitglieder, darunter 30 Kommunen. Ihre Unterstützung bildet die Grundlage für die unabhängige Forschung des Instituts.

Den Wandel begleiten

Ausgewählte Projekte 2011

Die Welt hat sich 2011 verändert. Sicher, das tut sie jeden Tag. Und doch kommt uns dieser Wandel im Rückblick auf das vergangene Jahr gravierender vor, einschneidender. Die Katastrophe von Fukushima hatte daran sicher einen großen Anteil. Sie hat die Sicht vieler Menschen auf die Welt nachhaltig verändert – und auf die Frage, wie wir in dieser Welt leben wollen. Das Beschreiten neuer Wege mit einem stetigen Blick auf nationale und internationale Entwicklungen steht im Mittelpunkt der Arbeit des Öko-Instituts. Und so zeigen auch die Projekte des Jahres 2011, wie alternative Ansätze und innovative Konzepte erarbeitet werden können. Und der Wunsch nach Wandel seine Umsetzung in der Realität finden kann.

Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Öko-Instituts haben die verheerenden Ereignisse an der japanischen Ostküste erläutert und interpretiert. Sie haben die Möglichkeiten einer deutschen Energieversorgung ohne Atomkraft berechnet. Und waren damit bei den Themen Kernenergie und Energiewende Begleiter eines tiefgreifenden Wandels.

Viele Projekte des Öko-Instituts befassten sich im vergangenen Jahr mit richtungweisenden Ideen und Entscheidungen. So untersuchten die Expertinnen und Experten, wie es gelingen kann, bis 2030 sechs Millionen Elektrofahrzeuge auf deutsche Straßen zu bringen und analysierten die Möglichkeiten der Etablierung eines wirkungsvollen Recyclings für die so genannten Seltenen Erden. Sie befassten sich mit einem standardisierten und einheitlichen Verfahren zur CO₂-Bilanzierung in der Logistik, der Wirksamkeit von Instrumenten zur Förderung des nachhaltigen Konsums sowie Maßnahmen zur Reduzierung des Stromverbrauchs privater Haushalte. Aber auch die Endlagersuche, marktbasierende Instrumente zum Klima- und Naturschutz sowie die Kommunikation der Lebenszykluskosten von Produkten waren Themen der am Öko-Institut durchgeführten Untersuchungen.

Die auf den folgenden Seiten vorgestellten zehn Projekte sind nur ein kleiner Ausschnitt der insgesamt rund 380 Projekte des Jahres 2011. Die Arbeit des Öko-Instituts in diesen Monaten reicht von der Begleitung eines Umweltkonzeptes für das Kunst- und Kulturprojekt „Über Lebenskunst“ über eine Analyse des brandenburgischen Energiemarktes bis hin zur europaweiten Datensammlung und -auswertung im Bereich Abfälle. Gerne berichten wir Ihnen auch weiterhin von unseren Studien, Konzepten und Analysen. Im persönlichen Gespräch, auf unserer Homepage oder im nächsten Jahr an dieser Stelle.

Strategien
Konzepte
Rückblick
Ideen
Veränderungen
International
neue Wege
2011
Zukunft
Forschungsprojekte

Die Katastrophe im Blick

INES Risiko
nuklear Super-Gau

Tsunami

Expertensicht für Fukushima

Hautnah dran, die Ereignisse stetig im Blick. Unter diesem Motto steht die Medienberichterstattung stets – so auch im März 2011. Nahezu in Echtzeit flimmern die Bilder des heftigen Erdbebens in Japan, des Tsunamis und schließlich auch der folgenschweren Ereignisse im Kernkraftwerk Fukushima über unsere Bildschirme. Die Katastrophe an der japanischen Ostküste bewegt die Welt. Doch welche Gefahren gehen wirklich von den weiß-blauen Blöcken von Fukushima Dai-ichi aus? Diese Frage können die zahllosen Fernsehbilder nicht beantworten. Orientierung und Interpretation bringen die Expertinnen und Experten des Öko-Instituts – und werden so in den Tagen und Wochen nach dem Unglück zu einem wichtigen Ansprechpartner für Öffentlichkeit und Medien.

Nur wenige Wochen vor dem 25. Jahrestag des Super-GAUs von Tschernobyl befördert die Katastrophe an der Küste der Hauptinsel Honshu die unkalkulierbaren und lebensbedrohlichen Risiken der Atomkraft zurück ins Bewusstsein der Menschen. Auslöser des Unglücks ist ein Erdbeben der Stärke neun auf der Momenten-Magnituden-Skala sowie ein dadurch ausgelöster Tsunami. In der Folge schalten sich die Reaktoren Fukushima Dai-ichi und Dai-ni

automatisch ab. Um die zwingend erforderliche Nachwärmeabfuhr zu gewährleisten, müssten die Anlagen nun auf die Notstromversorgung zurückgreifen. Diese fällt jedoch in vier Blöcken der Anlage Dai-ichi aus. Und auch die externe Stromversorgung ist durch das Erdbeben unterbrochen. Die schwerwiegende Folge: In den Reaktorblöcken 1-3 von Fukushima Dai-ichi muss von einer Kernschmelze ausgegangen werden. Ein „katastrophaler Unfall“ – so die Bewertung der japanischen Behörden am 12. April 2011 – und damit ein nukleares Ereignis der höchsten Stufe der INES-Skala.

Schon wenige Stunden nach Bekanntwerden des Unglücks ist die Nachfrage nach der Erläuterung durch die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Öko-Instituts enorm. Sei es in überregionalen Nachrichtensendungen oder Onlinemedien: Ihre Einschätzungen sind stark begehrt. Kontinuierlich bewertet ein Team aus bis zu zehn Fachleuten die aktuelle Situation. Michael Sailer wird in diesen Tagen zum präsenten Ratgeber; aber auch andere stehen in der Öffentlichkeit. Ihre Glaubwürdigkeit und Neutralität macht sie dabei zu einem wichtigen Berater und Wegweiser für Medien und Gesellschaft.

Auch über die tagesaktuellen Bewertungen der Ereignisse durch die Expertinnen und Experten hinaus arbeitet das Öko-Institut an umfassenden Informationen für die interessierte Öffentlichkeit. So veröffentlicht das Institut eine FAQ-Liste zu den drängendsten Fragen des Unglücks und befasst sich im Mitgliedermagazin und e-Paper *eco@work* sowie in zahlreichen öffentlichen Vorträgen ausführlich mit der Katastrophe. Zusätzlich wirft das Öko-Institut im September 2011 einen Blick zurück und fasst in einer aktuellen Meldung die wichtigsten Ereignisse, Informationen und Ansprechpartner zusammen. Es leistet so einen Beitrag dafür, dass die Bevölkerung auch 185 Tage nach dem japanischen Super-GAU hautnah dran bleibt. Denn auch zu diesem Zeitpunkt kann noch keine Entwarnung gegeben werden.

Dr. Christoph Pistner

Der Physiker Dr. Christoph Pistner bringt seit 2005 seine Expertise im Bereich Nukleartechnik & Anlagensicherheit des Öko-Instituts ein. Sein Schwerpunkt liegt auf der Erstellung von Gutachten und Stellungnahmen, etwa zu den Themen Anlagensicherheit und Systemanalyse, kerntechnisches Regelwerk oder auch anlageninterner Notfallschutz.

Kontakt: c.pistner@oeko.de



„Die Anzahl der Anfragen, die beim Öko-Institut in Folge der Katastrophe von Fukushima eingingen, war enorm. Wir schätzen diese besondere Würdigung unserer Arbeit und bedanken uns für das große Vertrauen. Und wir wissen: Die Kompetenz und Glaubwürdigkeit der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler machen das Öko-Institut zu einem wichtigen Ratgeber für Medien und Öffentlichkeit.“

Auf dem richtigen Weg

Zum Greifen nah:
Die echte Energiewende

CO₂Ausstieg
Strom
Klima
Sonne

Die Kernkraftwerke werden abgeschaltet. Der Ausbau der erneuerbaren Energien hat bisher die Erwartungen übertroffen. Die politischen Ziele für Erneuerbare und Energieeffizienz sind ambitioniert. Ist die Energiewende auf der Zielgeraden? Wohl eher nicht. Denn das beschlossene Ende der Kernenergie ist nur ein erster Schritt. Ein Mehr an regenerativen Energien von 20 Prozent war einfacher leistbar als der Übergang zu einem vollständig auf ihnen basierenden Energiesystem. Die Umsetzungspolitik im Bereich der Energieeffizienz bleibt schwach und mit dem massiven Ausbau der Infrastruktur und dem Umbau des Marktdesigns im Stromsektor entstehen Herausforderungen neuer Qualität. Die Energiewende erfordert weiterhin große Anstrengungen aller beteiligten Akteure. Die Analysen

des Öko-Instituts zeigen jedoch auch: Gerade der Ausstieg aus der Kernenergie schafft das notwendige Moment.

Insgesamt 20.500 Megawatt Kraftwerksleistung stellten die Anfang 2011 am Netz befindlichen Kernkraftwerke bereit. Diese können nach Berechnungen des Öko-Instituts bis 2020 alternativ erbracht werden – so das Ergebnis einer Analyse für den WWF Deutschland, die nur wenige Tage nach dem Super-GAU in Japan vorgelegt wurde. Weitere Analysen zeigten, dass der Ausstieg aus der Kernenergie ohne drastische Auswirkungen auf Strompreis, Klimaschutz oder Versorgungssicherheit Realität werden kann.

Mit ihrer Einigung zum vollständigen Ausstieg aus der Atomkraft machte auch die Regierungskoalition im Mai 2011 den entscheidenden Schritt in Sachen Energiewende: Ende 2022 soll die Stromerzeugung aus Kernenergie in Deutschland Geschichte sein. Die Einigung zum Ausstieg sah jedoch zunächst, so eine weitere Analyse des Instituts, eine nahezu gleichzeitige Stilllegung der verbleibenden Atomreaktoren im Jahr 2020/2021 vor. Da dies den geordneten Ausstieg erheblich gefährden kann, legte das Öko-Institut ein Modell für einen schrittweisen Ausstieg vor. Auf einen solchen Plan einigten sich dann auch Bundesregierung, Bundestag und -länder.

Das Öko-Institut wird seinen Fokus weiter auf die Energiewende legen – und auf Maßnahmen, mit denen sie effektiv und zu überschaubaren Kosten Wirklichkeit werden kann. Dazu gehören wirksame Instrumente zur Erreichung der gesetzten Klimaschutzziele und der schnelle Ausbau von Stromnetzen und –speichern ebenso wie Vorschläge für Energieeffizienz in Industrie, Verkehr und Gebäuden.

Schneller Ausstieg aus der Kernenergie in Deutschland Analyse und Einordnung des Modells zum beschleunigten Auslaufen der deutschen Kernkraftwerke

Kontakt: Dr. Felix Chr. Matthes
(f.matthes@oeko.de)
Institutsbereich: Energie & Klimaschutz (Berlin)
Auftraggeber: WWF Deutschland
Laufzeit: 3/2011 und 5/2011
Weitere Informationen: www.energiewende.de

Dr. Felix Chr. Matthes

Seit über 20 Jahren forscht und berät Dr. Felix Chr. Matthes am Öko-Institut. Der Diplom-Ingenieur und Doktor der Politikwissenschaft ist als Forschungskordinator Energie- und Klimapolitik tätig. Er befasst sich mit Dekarbonisierungsstrategien für Deutschland und Europa, Energiebedarfs- und Emissionsprojektionen, Energiemarktanalysen, der Ausgestaltung und Bewertung konkreter politischer Instrumente sowie der internationalen Klimaschutzpolitik.

„Unsere Forschungen zeigen: Die Energiewende ist machbar und in vielerlei Hinsicht vorteilhaft, auch mit Blick auf Kosten und Wettbewerbsfähigkeit. Bereits seit gut 30 Jahren befassen wir uns mit den Möglichkeiten einer alternativen Energieversorgung und –nutzung. Die nationale Politik hat nun entscheidende Weichen gestellt. Ich bin der Überzeugung: Wenn wir intelligente Politik umsetzen, sinnvoll investieren, europäisch und in globalem Rahmen denken, sind wir auf dem richtigen Weg.“

Von null auf nötig

Nachhaltiges Ressourcenmanagement für Seltene Erden

Recycling
nachhaltig
Neodym
China

Den Joghurtbecher ins Gelbe, die Zeitung ins Blaue. Recycling ist inzwischen eine Selbstverständlichkeit. Doch lange nicht für jeden Wertstoff. Für Seltene Erden wie Neodym oder Dysprosium existiert kein solches Recyclingsystem. Das Angebot aber ist begrenzt, die Nachfrage steigt – und damit auch der Handlungsbedarf. Wie ein nachhaltiges Ressourcenmanagement für Seltene Erden aussehen kann, zeigt eine Studie des Öko-Instituts im Auftrag der Fraktion Die Grünen / Europäische Freie Allianz im Europäischen Parlament.

Study on Rare Earths and Their Recycling

Kontakt: Dr. Doris Schüler (d.schueler@oeko.de)
Institutsbereich: Infrastruktur & Unternehmen
Auftraggeber: Fraktion Die Grünen / Europäische Freie Allianz im Europäischen Parlament
Laufzeit: 9/2010 – 1/2011
Weitere Informationen: www.resourcefever.org

Dr. Doris Schüler

Nachhaltige Ressourcenwirtschaft ist der Forschungsschwerpunkt von Dr. Doris Schüler im Bereich Infrastruktur & Unternehmen. Seit 2002 ist die Diplom-Ingenieurin und Doktorin für Energie- und Umwelttechnik für das Öko-Institut tätig und befasst sich etwa mit Ökobilanzierung und Stoffstromanalysen von technischen Produkten und industriellen Prozessen oder auch der Bewertung von Abfallentsorgungsverfahren.

Insbesondere viele „grüne“ Technologien wie Energiesparlampen sind auf Seltene Erden angewiesen. Ihre Bedeutung für diese Zukunftstechnologien steht in hohem Gegensatz zu ihrer Verfügbarkeit: Der wichtigste Lieferant China hat 2010 seine Exporte drastisch reduziert. Mit einschneidender Wirkung, stammen doch 90 Prozent der europäischen Importe aus der Volksrepublik. Bis zu sieben Seltene Erden, so das für die Herstellung von Katalysatoren benötigte Lanthan, sind von Versorgungsengpässen bis 2014 bedroht. In vielen Anwendungen wie etwa energieeffizienter Beleuchtung ist bislang kein gleichwertiger Ersatz verfügbar.

Ein möglicher Ausweg: der Aufbau eines effizienten Recyclingsystems. Hierfür schlägt das Öko-Institut einen Acht-Punkte-Plan vor. Dieser sieht neben der Etablierung eines Europäischen Kompetenznetzwerks, dem Beginn der Grundlagenforschung zu Refinement und Verarbeitung in Europa sowie einer Europäischen Stoffstromanalyse auch die Identifizierung von Pilotprodukten sowie den Aufbau eines Sammel- und Vorbehandlungssystems und die Entwicklung von Pilot-Recycling-Anlagen vor. Von großer Bedeutung ist darüber hinaus die Verringerung des finanziellen Risikos für Investoren sowie die Schaffung eines geeigneten Rechtsrahmens.

Neben dem Recycling steht auch der Abbau der Seltenen Erden im Fokus der Studie. Dieser erfordert etwa aufgrund der in den meisten Lagerstätten enthaltenen radioaktive Stoffe besondere Umweltauflagen. Ein effektiver Recyclingprozess ist auch vor diesem Hintergrund unverzichtbar. Wird er richtig aufgesetzt, ist das Recycling von Seltenen Erden vielleicht eines Tages so selbstverständlich wie das eines Joghurtbechers.



„Für eine nachhaltige Zukunft brauchen wir grüne Technologien. Das heißt auch: Wir werden langfristig Seltene Erden brauchen. Und schon heute ist klar: Ihre Beschaffung wird sich in den kommenden Jahren schwieriger gestalten und es wird noch lange dauern, bis große Mengen an Seltenen Erden aus nachhaltiger Produktion stammen. Das Aufsetzen eines langfristig erfolgreichen Recyclingsystems ist daher bei Weitem keine Frage des ‚ob‘ mehr. Sondern nur noch des ‚wie‘.“

Wegweiser zur Nachhaltigkeit

Privater Konsum fördern im Fokus politischer Instrumente

Politik
EU
Klimaschutz
Potenziale

Wie kann ein Hausbesitzer von einer energetischen Modernisierung überzeugt werden? Welcher Ansatz unterstützt Familien dabei, die Lagerung ihrer Lebensmittel zu überdenken? Und welchen Anreiz braucht es, damit die Effizienz einer Waschmaschine zum wichtigsten Kaufkriterium wird? Oftmals gelingt es politischen Maßnahmen in keinem der drei Fälle, die Entscheidung der Verbraucher in Richtung Nachhaltigkeit zu lenken. Dabei steckt gerade im privaten Konsum ein maßgebliches Potenzial zur Senkung der CO₂-Emissionen. Gemeinsam mit sechs Projektpartnern hat das Öko-Institut daher die Wirksamkeit von politischen Instrumenten zur Förderung des nachhaltigen Konsums untersucht und Empfehlungen für deren Weiterentwicklung verfasst.

Im Mittelpunkt des Forschungsprojektes „EUPOPP – Policies to Promote Sustainable Consumption Patterns“ standen Politikmaßnahmen sowie mögliche zukünftige Handlungsstrategien in den Bereichen Bauen/Wohnen sowie Ernährung. Hier besteht ein besonders großes Potenzial zum Schutz von Umwelt, Klima und Ressourcen: Über ein Drittel der haushaltsbedingten europäischen Treibhausgasemissionen geht auf den Bereich Wohnen und ein Fünftel der Treibhausgasbilanz der EU auf die Ernährung zurück.

Trotz des besonderen Augenmerks der Politik auf das Thema Bauen/Wohnen blieben viele Instrumente bislang weit hinter ihren Möglichkeiten, so ein Ergebnis der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Verbesserungen schlagen sie daher etwa beim EU-Energielabel vor: Eine regelmäßige Anpassung der Energieeffizienzklassen nach Bestgerätestandards sowie eine Prämie für die Rückgabe von alten Geräten könnten ineffiziente Haushaltsgeräte schneller vom Markt ziehen. Zusätzliches Nachhaltigkeitspotenzial bieten die EU-weiten Gebäudeeffizienzstandards und deren verbesserte Umsetzung bei Neubau und Renovierung.

Möglichkeiten zur Optimierung im Bereich Ernährung sieht die Studie etwa in einer Verlängerung der Haltbarkeitsdaten beim Einkauf, vegetarischen Mahlzeiten in Kantinen oder einer Mehrwertsteueranpassung, um gesunde und nachhaltigere Lebensmittel zu unterstützen. Das von der Europäischen Kommission geförderte Projekt will die Verbraucher außerdem zum Nachdenken bei Einkauf und Lagerung von Lebensmitteln anregen. Denn neben der Schärfung des Bewusstseins für nachhaltigen Konsum heißt weniger Abfall auch hier weniger CO₂.

EUPOPP Policies to Promote Sustainable Consumption Patterns

Kontakt: Dr. Bettina Brohmann
(b.brohmann@oeko.de)
Regine Barth (r.barth@oeko.de)

Institutsbereiche: Energie & Klimaschutz (Darmstadt)
Umweltrecht & Governance

Förderung: 7. Rahmenprogramm
der Europäischen Union

Projektpartner: sechs internationale
Kooperationspartner

Laufzeit: 8/2008 - 7/2011

Weitere Informationen: <http://www.eupopp.net>

Dr. Bettina Brohmann

Konsumenten- und Motivationsforschung ist ein Schwerpunkt der Arbeit von Dr. phil. Bettina Brohmann. Die Expertise der Wissenschaftlerin aus dem Bereich Energie & Klimaschutz im Büro Darmstadt umfasst neben dem Bedürfnisfeldansatz und der wissenschaftlichen Evaluation auch die sozialen Aspekte der Energie- und Klimapolitik in Europa und den USA.



„Nicht umsonst hat die Politik bereits zahlreiche Instrumente geschaffen, um CO₂-Einsparungen beim privaten Konsum zu fördern. Es wäre jedoch ein Fehler, sich nun auf diesen Maßnahmen auszuruhen. Wir müssen sie stetig evaluieren und verbessern. Nur so können wir das gesamte Nachhaltigkeitspotenzial heben – allein für den Bereich Bauen und Wohnen sprechen wir hier immerhin über die mögliche Einsparung von bis zu 400 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten bis 2030.“

Mehr Strom auf die Straße!

Die Zukunft der
Elektromobilität

Umwelt
mobil Akzeptanz
PKW
Grenzwert

Er beträgt noch nicht einmal 0,01 Prozent – der heutige Anteil von Elektrofahrzeugen am gesamten Fahrzeugbestand in Deutschland. Optimistisch erscheint daher der Plan der Bundesregierung, bis 2020 mindestens eine Million und bis 2030 sechs Millionen Elektrofahrzeuge auf die deutschen Straßen zu bringen. Doch auch wenn das Vorhaben auf den ersten Blick ambitioniert erscheint – es ist machbar. Zu diesem Ergebnis kommt das Öko-Institut in seiner Analyse „OPTUM – Optimierung der Umweltentlastungspotenziale von Elektrofahrzeugen“.

Die gemeinsam mit dem Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE) durchgeführte Untersuchung geht davon aus, dass etwa 2022 die Millionenmarke bei Elektroautos überschritten werden

kann und diese bis 2030 einen Anteil von rund 14 Prozent an den zugelassenen Pkw, bei Neuzulassungen sogar rund 30 Prozent erreichen können. Den größten Anteil der Elektrofahrzeuge werden nach Ansicht der Expertinnen und Experten die so genannten Plug-In-Hybridfahrzeuge stellen, da sie aufgrund der Kombination von Verbrennungsmotor und elektrischem Antrieb bei der Reichweite nicht begrenzt sind.

Neben den Marktpotenzialen nimmt die Untersuchung auch Klimapotenzial und Nutzerakzeptanz unter die Lupe. Hinsichtlich des Klimanutzens von Elektromobilität weist die vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit geförderte Analyse vor allem auf die Notwendigkeit der Errichtung zusätzlicher erneuerbarer Stromerzeugungskapazitäten für einen emissionsfreien Betrieb hin. Rund 5,2 Millionen Tonnen CO₂ können Elektroautos im Jahr 2030 so vermeiden. Die Bewertung des Klimaschutzpotenzials hängt darüber hinaus in hohem Maße von der Tageszeit ab, zu der die Elektrofahrzeuge geladen werden. Um ungünstige Nachfragespitzen und eine treibhausgasintensive Strombereitstellung zu vermeiden, ist ein Lademanagement zur Steuerung der Batterieladezeit erforderlich.

Und was sagen die Verbraucher? Im Jahr 2020 würden sich beim Kauf eines Neuwagens immerhin rund zwei Drittel für ein Elektroauto entscheiden. Die Akzeptanz der Nutzer ist vorhanden. Wollen sie mehr Strom auf der Straße, ist aber auch der Gesetzgeber in der Pflicht. Sei es beim Ausbau der erneuerbaren Energien oder bei CO₂-Grenzwerten von Fahrzeugen – die gesetzlichen Rahmenbedingungen werden das zukünftige Klimaschutzpotenzial der Elektromobilität entscheidend mitbestimmen.

OPTUM Optimierung der Umweltentlastungspotenziale von Elektrofahrzeugen

Kontakt: Peter Kasten (p.kasten@oeko.de)
Florian Hacker (f.hacker@oeko.de)
Charlotte Loreck (c.loreck@oeko.de)

Institutsbereiche: Infrastruktur & Unternehmen
Energie & Klimaschutz (Berlin)

Förderung: Bundesministerium für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit

Projektpartner: Institut für sozial-ökologische
Forschung (ISOE)

Laufzeit: 9/2009 – 9/2011

Weitere Informationen: www.oeko.de/optum

Peter Kasten

Nachhaltige Mobilität steht im Mittelpunkt der Arbeit von Peter Kasten. Der Diplom-Ingenieur für Energie- und Verfahrenstechnik befasst sich mit der Analyse von Mobilitätsdaten, Elektromobilität sowie der Szenarienentwicklung und Emissionsberechnungen. Seit 2010 ist er im Bereich Infrastruktur & Unternehmen für das Öko-Institut tätig.



„Die Ziele der Bundesregierung sind ambitioniert, aber nicht unrealistisch. Mit den richtigen Voraussetzungen kann es hierzulande im Jahr 2030 bis zu sechs Millionen Elektroautos geben. Eines sollte in der Diskussion über Elektromobilität jedoch nicht übersehen werden: Auch bei herkömmlichen Benzinern besteht noch großes Sparpotenzial. Durch eine deutliche Steigerung ihrer Effizienz bis 2030 könnten beim Pkw-Verkehr die Treibhausgasemissionen um 25 Prozent sinken.“

Stromfressern auf der Spur

Einsparpotenziale in deutschen Haushalten

Stand by
THG
Effizienz
sparen
Energie

Mal eben 1.000 Euro in fünf Jahren einsparen. Dafür gar nicht viel tun müssen. Und ganz nebenbei auch noch das Klima schonen. Wer könnte das schon ablehnen? Zu Viele – wie der Stromverbrauch in privaten Haushalten zeigt. Dieser liegt durchschnittlich noch immer bei 3.440 Kilowattstunden (kWh) für zwei Personen. In deutschen Wohnzimmern, Küchen und Heizkellern schlummert noch viel Sparpotenzial – wo, wird unter anderem in dem vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit geförderten Forschungsprojekt „Energieeffizienter Klimaschutz bei Produkten“ des Öko-Instituts gezeigt.

Der Einsatz von Steckerleisten, ein Austausch der Beleuchtung oder ein effizienteres Wäschewaschen – mit einfachen Maßnahmen lässt sich der Energiebedarf privater Haushalte deutlich senken. Wer etwa das Wasser statt auf dem E-Herd mit einem Wasserkocher erhitzt, kann bereits 208 kWh und damit gut 50 Euro jährlich einsparen. Noch einmal deutlich mehr spart derjenige, der Stand-by-Verluste durch Master Slave-Steckdosen minimiert: Hier kann der Energiebedarf um etwa 485 kWh jährlich reduziert werden. Diese und weitere geringinvestive Maßnahmen können insgesamt für einen typischen Zwei-Personen-Haushalt eine jährliche Einsparung von 1.000 bis 1.200 kWh bedeuten.

Durch den Einsatz hocheffizienter Haushaltsgeräte könnte der Strombedarf darüber hinaus noch einmal deutlich sinken. Doch bislang werden die technischen Möglichkeiten nicht ausreichend ausgeschöpft. Das Öko-Institut schlägt daher im Rahmen des genannten Forschungsprojektes umfassende Maßnahmen vor – so etwa ein Impulsprogramm für Verbraucher, eine eindeutige Effizienzkennzeichnung oder auch Hersteller-Prämien für innovative Produkte. Denn: Wer nur die energieeffizientesten Produkte wählt, kann seinen Stromverbrauch im durchschnittlichen Zwei-Personen-Haushalt auf rund 1.150 kWh senken. Die anfänglichen, oft höheren Investitionen für hocheffiziente Produkte amortisieren sich durch den geringeren Strombedarf. Denn schließlich ließe sich durch die effizienteren Geräte der derzeitige Durchschnittsverbrauch auf ein Drittel senken. Das heißt auch: ein Drittel der Kosten. Wer könnte das schon ablehnen?



Energieeffizienter Klimaschutz bei Produkten – im Rahmen der Nationalen Klimaschutz-Initiative

Kontakt: Tobias Schleicher (t.schleicher@oeko.de)
Institutsbereich: Produkte & Stoffströme
Förderung: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Projektpartner: Ö-Quadrat
Laufzeit: 1/2010 - 3/2012

Tobias Schleicher

Sei es bei Kosten-Nutzen-Analysen von Energieeffizienzmaßnahmen oder bei der Bewertung maßgeschneiderter Politikinstrumente: Das Hauptaugenmerk von Tobias Schleicher liegt auf Energie- und Ressourceneffizienz in Gebäuden und Privathaushalten. Seit 2011 ist der Diplom-Volkswirt im Bereich Produkte & Stoffströme für das Öko-Institut tätig.

„Die Verbraucher können viel dazu beitragen, ihren Strombedarf deutlich zu senken. Für eine bessere Nachfrage nach hocheffizienten Geräten braucht es maßgeschneiderte Politik: schärfere Verbrauchswerte für Produkte, gezielte Fördermaßnahmen zur Unterstützung der Produktentwicklung und der Vermarktung effizienter Geräte sowie eine bessere Informationspolitik. So fehlt eine Angabe der unterschiedlich hohen Stromkosten auf den Produkten. Zusätzlich ist die Energieeffizienzkennzeichnung viel zu verwirrend, um wirklich Orientierung beim Gerätekauf zu bieten.“

Strom + Wasser = Kosten

Vergleich einkaufen :öko Produkte
Information

Für eine fundierte Kommunikation von Lebenszykluskosten

Kaum ein Kauf ohne Preisvergleich: Die ausführliche Analyse der Kostenunterschiede gehört für die meisten Verbraucherinnen und Verbraucher wesentlich zum Entscheidungsprozess bei der Anschaffung neuer Produkte. Meist orientiert sie sich jedoch nur am reinen Produktpreis und lässt Folgekosten für Energie und andere Ressourcen außer acht. Dabei könnten diese auf lange Sicht ein vermeintliches Schnäppchen zur Kostenfalle machen. Denn: Auch wenn ihr Kaufpreis meist höher ausfällt, sind doch die Gesamtkosten – oder Lebenszykluskosten – von hocheffizienten Produkten oft identisch oder sogar niedriger als jene konventioneller Produkte. Wie die Gesamtkosten besser kommuniziert und Informationsdefizite

verringert werden können, zeigt das am Öko-Institut entwickelte „Konzept zur Kommunikation von Lebenszykluskosten im Handel“.

Insbesondere die höheren Anschaffungskosten für klimaverträgliche oder nachhaltige Produkte stehen einem angemessenen Markterfolg im Weg. Denn oftmals sind die Verbraucher nicht bereit, für sie mehr auszugeben als für die konventionelle Alternative. Zusätzlich fließen die Folgekosten aufgrund unzureichender Information meist nicht in die Kaufentscheidung ein.

Vor diesem Hintergrund sieht das Konzept die Ausweisung der Gesamt- bzw. Folgekosten auf den Produkten als elementare Maßnahme für einen höheren Absatz hocheffizienter Geräte. Notwendig hierfür ist ein einheitliches Verfahren zur Kostenmessung – etwa durch die Harmonisierung von bereits bestehenden Berechnungsmethoden und Eingangsparametern. Zusätzlich schlägt die Analyse eindeutige und leicht verfügbare Schlüsselinformationen für die Verbraucher vor. Dies erhöht die Nachvollziehbarkeit der Angaben und damit auch die Wahrscheinlichkeit, dass sie im Kaufprozess berücksichtigt werden. Konkret sollen auf den einzelnen Produkten kumulierte Folgekosten angegeben werden, die sich auf eine bestimmte Nutzungsdauer und nicht auf die Anwendung für ein Jahr beziehen. Als sinnvoll wird darüber hinaus ein Vergleich mit einem konventionellen Gerät erachtet. Denn nur so kann der Verbraucher auf Grundlage fundierter Informationen die Preise weiter vergleichen – und dann das langfristig günstigste Produkt auswählen.

Konzept zur Kommunikation von Lebenszykluskosten im Handel erstellt im Rahmen des Projektes „Energieeffizienter Klimaschutz bei Produkten“

Kontakt: Ina Rüdener (i.ruedener@oeko.de)
Dr. Rainer Grießhammer (r.griesshammer@oeko.de)

Institutsbereich: Produkte & Stoffströme

Förderung: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Laufzeit: 1/2010 – 3/2012

Ina Rüdener

In ihrem Forschungsschwerpunkt Nachhaltiger Konsum und Produkte befasst sich Ina Rüdener mit den Themen Haushaltsgeräten, Wäschewaschen und -trocknen sowie professionelle Waschmaschinen, Trockner und Geschirrspülmaschinen. Nach ihrem Lehramtsstudium der Biologie und Chemie entschied sie sich für die wissenschaftliche Arbeit und ist seit 2001 im Bereich Produkte & Stoffströme für das Öko-Institut tätig.



„Hocheffiziente und innovative Produkte haben nach wie vor einen zu geringen Markterfolg – obwohl sie sich auch ökonomisch betrachtet meist lohnen. Dies lässt sich auf die relativ geringe Mehrpreisbereitschaft der Verbraucher zurückführen, aber auch auf ein unzureichendes Wissen über die Gesamtkosten von Produkten. Wie diese Information in den Kaufprozess einfließen kann, zeigt unsere Untersuchung.“

Transparente Bilanzen

Ein Leitfaden zur Berechnung von Treibhausgasemissionen in der Logistik

Wie viel Kraftstoff verbraucht ein Lkw von Madrid bis München? Wie viel CO₂ stößt er zwischen Amsterdam und Hamburg aus? Kurz gefragt: Wie sieht seine Klimabilanz aus? Diese Fragen einheitlich und transparent zu beantworten, war für Unternehmen der Transport- und Logistikbranche bislang eine große Herausforderung. Ein Leitfaden, den das Öko-Institut gemeinsam mit dem Deutschen Speditions- und Logistikverband (DSL) sowie dem Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg (Ifeu) erarbeitet hat, kann nun Abhilfe schaffen: Er legt die Grundlagen für eine standardisierte Bilanzierung von Treibhausgasen in der Branche.

Nur wer seine Emissionen genau kennt, kann auch die notwendigen Schritte gehen, um sie zu reduzieren. Der vom Umweltbundesamt finanzierte Leitfaden „Berechnung von Treibhausgasemissionen in Spedition und Logistik“ hilft den Unternehmen nun, ihren Energieverbrauch und die verursachten Treibhausgasemissionen für alle Verkehrsmittel selbst zu errechnen. Methodische Grundlage ist dabei die derzeit in der Entwicklung befindliche Norm EN 16258 „Methode zur Berechnung und Deklaration von Energieverbrauch und Treibhausgasemissionen von Transportdienstleistungen“.

Diese Basis für eine transparente CO₂-Bilanzierung der Logistik sowie für damit verbundene Anstrengungen zur langfristigen Emissionsminderung wurde im Buch „CO₂-Berechnung in der Logistik“ fortgeführt. Neben Verfahren zur Ermittlung der Treibhausgasemissionen bei Gütertransport, Lagerung und Umschlag bietet es wichtige und nützliche Hintergrundinformationen. Berücksichtigt werden auch Besonderheiten – so etwa Biokraftstoffe, Sammelverkehre oder temperaturgeführte Logistik.

Ein wichtiger Schritt hin zu mehr Transparenz und Einheitlichkeit und nicht zuletzt: für mehr Klimaschutz. Diesen will nun auch der öffentliche Personennahverkehr gehen. Derzeit erarbeitet das Öko-Institut im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) einen Leitfaden zur Berechnung der Treibhausgasemissionen im ÖPNV. Der Leitfaden wird im Rahmen des vom BMVBS finanzierten Projekts „Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energie und Steigerung der Energieeffizienz im öffentlichen Personennahverkehr“ erstellt und berücksichtigt ebenfalls die Anforderung der zukünftigen Norm EN 16258.

Leitfaden zur Berechnung von Treibhausgasemissionen in Spedition und Logistik

Kontakt: Martin Schmied (m.schmied@oeko.de)
Moritz Mottschall
(m.mottschall@oeko.de)

Institutsbereich: Infrastruktur & Unternehmen

Auftraggeber: Umweltbundesamt

Projektpartner: Deutscher Speditions- und Logistikverband (DSL), Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg (Ifeu)

Laufzeit: 9/2009 – 12/2011

Weitere Informationen: <http://bit.ly/1StAt>

Martin Schmied

Die ökologische und ökonomische Bewertung von Maßnahmen zur Minderung der Umweltauswirkungen des Verkehrs ist ein Forschungsschwerpunkt von Martin Schmied. Darüber hinaus berät der Diplom-Ingenieur Politik und Unternehmen im Bereich Umwelt und Verkehr mit einem Schwerpunkt auf Güterverkehr und Logistik. Seit 1999 ist er für das Öko-Institut tätig, seit 2007 als stellvertretender Leiter des Bereichs Infrastruktur & Unternehmen.

„Einheitliche Standards, ein transparentes Vorgehen und eine wissenschaftlich korrekte Ermittlung der eigenen Klimabilanz – dies bieten der Leitfaden und das Buch zur CO₂-Berechnung in der Logistik. Hier geht es nicht um graue, unverständliche Theorie. Sondern um eine praktische Hilfe bei der Emissionsberechnung. Die Logistiker sollen schließlich möglichst schnell verlässliche Klimabilanzen erstellen können und ihre Zeit dann dazu nutzen, Klimaschutzmaßnahmen umzusetzen.“

Endlagersuche – eine nationale Aufgabe

Die Bedeutung von **Sicherheit**
Abfall **Auswahl**
Sicherheit und Beteiligung **radioaktiv** **transparent**

Sie ist eine wichtige Aufgabe: die Entsorgung der hochradioaktiven Abfälle. Und eine, die nicht auf kommende Generationen übertragen werden darf. Doch noch ist in Deutschland keine Entscheidung für einen Standort gefallen. Die Sicherheit des Endlagers steht dabei an erster Stelle. Aber auch eine transparente und demokratisch legitimierte Auswahl sowie die Einbeziehung der Öffentlichkeit auf nationaler und regionaler Ebene sind von großer Bedeutung. Eine Untersuchung des Öko-Instituts im Auftrag des Bundesamts für Strahlenschutz (BfS) zeigt darüber hinaus Wege für eine durchdachte Information und Kommunikation an den Standorten.

Untersuchungen und Umfragen zum Umgang mit Betroffenen in Regionen mit endlagerbezogenen Aktivitäten in Deutschland

Kontakt: Julia Mareike Neles (j.neles@oeko.de)
Institutsbereiche: Nukleartechnik & Anlagensicherheit
Energie & Klimaschutz (Darmstadt)
Auftraggeber: Bundesamt für Strahlenschutz (BfS)
Laufzeit: 7/2009 – 7/2011
Weitere Informationen: www.oeko.de/endlagerregionen

Julia Mareike Neles

Die Endlagerung und Entsorgung radioaktiver Abfälle steht im Fokus der Arbeit von Julia Mareike Neles – bei der Beratung von Verwaltung, Fachbehörden und Wirtschaft ebenso wie bei der Erstellung von Gutachten und Stellungnahmen. Die Diplom-Ingenieurin für Umwelt- und Hygienetechnik ist seit 1999 für das Öko-Institut tätig. Im Bereich Nukleartechnik & Anlagensicherheit begleitet sie unter anderem Beteiligungsprozesse für Stakeholder und Öffentlichkeit.

Geologische Formationen und große Tiefen - sie sind unverzichtbar für eine dauerhafte Endlagerung der hochradioaktiven Abfälle. Den besten Schutz für Mensch und Umwelt bietet das Prinzip der passiven Sicherheit, also die Konzentration der Abfälle an einem Ort, an dem ein möglichst vollständiger Einschluss der Radionuklide dauerhaft durch die Standorteigenschaften und das gewählte Konzept erreicht wird. Über die Einlagerung in vielen hundert Metern Tiefe wird zudem der Zugriff etwa zu terroristischen oder militärischen Zwecken erschwert.

Das Endlagersuchgesetz, das bis Mitte 2012 erarbeitet werden soll, braucht jenseits solcher grundlegenden Kriterien für die Ausgestaltung des Endlagers Maßnahmen zur frühzeitigen und fortlaufenden Einbindung der Öffentlichkeit in das Auswahlverfahren. Hierzu gehören nach Ansicht der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ein nationaler Dialog, aber auch regionale Partizipationsmöglichkeiten an den Standorten.

Eine durchdachte Information und Kommunikation stehen darüber hinaus im Mittelpunkt eines vom Öko-Institut durchgeführten Projekts zur Wahrnehmung und Bewertung der Öffentlichkeitsarbeit des BfS in Regionen mit Endlagerprojekten. Aus wissenschaftlichen Recherchen sowie Befragungen der Menschen vor Ort leiteten die Expertinnen und Experten Handlungsempfehlungen ab. Diese heben etwa die Notwendigkeit hervor, die Bevölkerung über Medien oder Newsletter aktiv mit Informationen zu versorgen sowie solche Informations- und Kommunikationsangebote an allen Standorten gleichermaßen zu realisieren. Aber auch die Möglichkeit für die Bevölkerung, die eigenen Fragen und Sorgen in den Prozess einzubringen, ist unverzichtbar.



„Wir haben eine Verantwortung für die Endlagerung von radioaktivem Abfall – und wir haben sie jetzt. Sicherheit ist bei der Standortauswahl natürlich das oberste Ziel. Grundlegende Voraussetzung ist aber auch ein gesellschaftlicher Konsens über das Auswahlverfahren. Unverzichtbar ist eine konsequente Einbeziehung der Öffentlichkeit von Beginn an – auf regionaler, aber auch auf nationaler Ebene.“

Die gehandelte Natur

Profitieren Ökosysteme von marktbasierter Instrumenten?
Wassermarkt
REDD+
schützen
Biodiversität

Sei es die Regulation des Klimas, die Bereitstellung von Trinkwasser oder auch die Attraktivität für den Tourismus – die europäischen Kulturlandschaften haben einen entscheidenden Einfluss auf unsere Lebensqualität. Es zeichnet sich ein zunehmender Trend ab, solche so genannten Ökosystemleistungen als kommerzielle Güter auf Märkten zu handeln, etwa über Naturschutzzertifikate. Wie jedoch würde sich eine breite Anwendung marktbasierter Instrumente auf die Ökosysteme auswirken? Dieser Frage geht eine von vier Projektpartnern getragene und vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Nachwuchsforschergruppe nach.

Im Fokus der sieben Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler stehen die Beziehungen zwischen Ökosystemleistungen, Lebensqualität und marktbasierter Politikinstrumenten. Welche Rolle internationale Rahmenvorgaben für die Entstehung und Gestaltung solcher Instrumente haben, erforscht das Öko-Institut. Mit Blick auf die Bereiche Klimaschutz sowie Biodiversität befasst sich die Analyse unter anderem mit den internationalen Gestaltungsmöglichkeiten für eine verbesserte Bereitstellung bestimmter Ökosystemleistungen sowie möglichen Lerneffekten aus den Erfahrungen der internationalen Umweltpolitik.

So zeigen sich etwa bei der Analyse des derzeit international verhandelten Mechanismus REDD+ (Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation in Developing Countries) die Herausforderungen für marktbasierter Instrumente. REDD+ soll die Möglichkeit schaffen, Emissionsminderungen und Waldschutz durch finanzielle Anreize zu steuern – indem der in Wäldern gespeicherte Kohlenstoff einen wirtschaftlichen Wert erhält. Unwägbarkeiten sieht die Analyse etwa bei einer möglichen Integration in den internationalen Emissionshandel. Zusätzlich stellen sich viele kritische Fragen, etwa nach der effektiven Ausgestaltung dieses Steuerungssystems vor dem Hintergrund schwerfälliger internationaler Verhandlungen sowie eines begrenzten Wissens über Wirkungszusammenhänge. Oder jene nach dem Umweltnutzen, falls schwache internationale Klimaziele nicht genug Nachfrage nach Waldschutzzertifikaten erzeugen oder die CO₂-Märkte unerwünschte Auswirkungen auf die biologische Vielfalt entfalten. Allein diese Fragen zeigen, wie wichtig es ist, jede Maßnahme auf den Prüfstand zu stellen. Und sie im Zweifelsfall dann auch wieder zu verwerfen.



Marktbasierter Instrumente im internationalen Klima- und Naturschutz: Entstehung, Gestaltung, Wirkung

Kontakt: Franziska Wolff (f.wolff@oeko.de)
Institutsbereich: Umweltrecht & Governance
Förderung: Bundesministerium für Bildung und Forschung
Projektpartner: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (Projektleitung), Ecologic Institut Berlin, Institut für Landespflege der Universität Freiburg
Laufzeit: 6/2009 - 5/2012

Franziska Wolff

Seit 2001 bringt die Politikwissenschaftlerin Franziska Wolff ihre Expertise im Bereich Umweltrecht & Governance des Öko-Instituts ein. Im Rahmen ihrer Forschungsschwerpunkte befasst sie sich unter anderem mit dem Management natürlicher Ressourcen, nachhaltigem Wirtschaften sowie der Analyse und Bewertung von Politikinstrumenten und Governanceformen.

„Der Ruf nach marktbasierter Instrumenten ist in der Politik in den vergangenen Jahren lauter geworden. Da die Erfahrungen mit solchen Instrumenten zur Förderung von Ökosystemleistungen durchaus ambivalent sind, dürfen wir uns nicht blind auf sie verlassen.

Unter welchen Bedingungen sie sinnvoll und unter welchen Voraussetzungen andere Steuerungsformen empfehlenswert sind, soll sich nach Abschluss des Forschungsprojekts zeigen.“

Veränderungen für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

Die Auftraggeber des Öko-Instituts

Im Folgenden finden Sie ausgewählte politische Institutionen, Unternehmen und gesellschaftliche Organisationen, mit denen wir im Jahr 2011 zusammengearbeitet haben:

Politik & Verwaltung

- Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit
- Bundesamt für Naturschutz
- Bundesministerium für Finanzen
- Bundesministerium für Bildung und Forschung
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
- Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
- Deutsche Bundesstiftung Umwelt
- Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit
- Europäische Umweltagentur
- Europäische Kommission: Generaldirektionen für Energie, Forschung, Umwelt, Unternehmen und Industrie, Klima; EEA, Eurostat, Eaci, ESTAT, Intelligent Energy Europe, European Atomic Energy, Centre for Renewable Energy Sources
- Deutscher Bundestag TAB
- Europäisches Parlament
- Food and Agriculture Organization of the United Nations
- KfW Entwicklungsbank
- La Direction Régionale de l'Environnement, de l'Aménagement et du Logement d'Alsace
- Land Niedersachsen
- Landratsamt Greiz
- Landschaftsverband Rheinland
- Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume Schleswig-Holstein
- Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz
- Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Brandenburg
- Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg
- Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen
- Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr Nordrhein-Westfalen
- OECD
- Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen
- Stadt Freiburg Umweltschutzamt
- TA-Swiss
- Umweltbundesamt
- UNEP
- United Nations University

Wirtschaft

- BKV Beteiligungs- und Kunststoffverwertungsgesellschaft mbh
- Bio-Wärme Gräfelting GmbH
- BP Europe SE
- Daimler AG
- Deutsches BiomasseForschungszentrum
- ENTEGA Vertriebs GmbH & Co. KG
- Franz Haniel & Cie. GmbH
- Gore Associates GmbH
- Henkel AG & Co. KGaA
- HIPP OHG
- Ingenieurgesellschaft für Verkehrs- und Eisenbahnwesen mbH
- Krombacher Brauerei
- Merck KGaA
- Metro AG
- Milieu Ltd
- Paul Hartmann AG
- REWE Group
- Schenker AG HO Essen
- Schluchseewerk AG
- Stadtwerke Ulm GmbH
- Südsalz GmbH
- Telekom Deutschland GmbH
- Umicore Battery Recycling

Verbände & Gesellschaft

- BEUC Europäischer Verbraucherverband
- Bundesverband der Deutschen Industrie
- Bundesverband Wärmepumpe und Fachgemeinschaft für effiziente Energieanwendungen
- Climate Strategies Cambridge
- Der Grüne Punkt - Duales System Deutschland GmbH
- Deutscher Fußball-Bund e.V.
- Deutscher Naturschutzring
- Deutsches Tiefkühlinstitut e.V.
- Forschungsstätte der evangelischen Studiengemeinschaft e.V.
- Gemeinnützige Umwelthaus GmbH
- Gesamtverband der Aluminiumindustrie e.V.
- Haus der Kulturen der Welt
- Komitee „Mühleberg Verfahren“
- NIZA Amsterdam
- Smart Energy for Europe Platform
- Stiftung Zukunftserbe
- Verband der dt. Fruchtsaft-Industrie
- Verbraucher Initiative e.V.
- World Resource Institute
- WWF Deutschland

Eine vollständige Übersicht über die Referenzen des Öko-Instituts finden Sie im Internet unter www.oeko.de/referenzen2011

Wandel und Beständigkeit Leitung des Öko-Instituts

Mitgliederversammlung und Vorstand

Das Öko-Institut ist als gemeinnütziger Verein organisiert. Die Mitgliederversammlung bildet sein wichtigstes Organ. Sie besteht aus den aktiven Mitgliedern, die alle zwei Jahre sieben externe Vorstandsmitglieder in geheimer Wahl wählen. Darüber hinaus gehören fünf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Öko-Instituts dem Vorstand an. Seit 2011 sind in dem Gremium vier neue Personen vertreten.

Externe Vorstandsmitglieder

Dr. Barbara Praetorius – Erste Vorstandssprecherin (Hauptamtlich: Bereichsleiterin Grundsatz, Strategie, Innovation beim Verband kommunaler Unternehmen)
Dorothea Michaelsen-Friedlieb – Zweite Vorstandssprecherin (Unternehmensberaterin für Nonprofit-Organisationen)
Anton Lutz (Vorstand der KWA Contracting AG)
Thomas Rahner (Fachanwalt für Verwaltungsrecht)
Nadia vom Scheidt (Referatsleiterin internationale Angelegenheiten im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe)
Ulrike Schell (Leiterin des Bereichs „Ernährung und Umwelt“ bei der Verbraucherzentrale NRW)
Kathleen Spilok (Wissenschaftsjournalistin und Projektleiterin im Baden-Württembergischen Handwerkstag)

Interne Vorstandsmitglieder

Michael Sailer – Sprecher der Geschäftsführung des Öko-Instituts
Christof Timpe – Von der erweiterten Institutsleitung gewählter Vertreter
Von der Versammlung der Mitarbeiter gewählte Vertreter/Vertreterinnen:
Stefan Alt (Darmstadt)
Dr. Hannah Förster (Berlin)
Rita Kappeler-Keller (Freiburg)

Geschäftsführung



Sprecher der Geschäftsführung
m.sailer@oeko.de
Tel.: +49 30 405085-120

Michael Sailer



r.griesshammer@oeko.de
Tel.: +49 761 45295-249

Dr. Rainer Griesshammer



k.moelter@oeko.de
Tel.: +49 761 45295-214

Dr. Kerstin Mölter

Kuratorium

Prof. Dr. Armin Bechmann
Prof. Dr. Nina Buchmann
Dr. Susanne Dröge
Dr. Erhard Eppler

Prof. Dr. Martin Führ
Dr. Christian Hey
Prof. Dr. Regine Kollek
Claudia Langer

Prof. Dr. Heinrich Freiherr von Lersner
Prof. Dr. Ellen Matthies
Prof. Dr. Peter C. Mayer-Tasch
Prof. Dr. Eckard Reh binder
Prof. Dr. Lucia Reisch
Dr. Christian Schütze
Prof. Dr. Dr. h.c. Udo E. Simonis

Organisations- einheiten des Instituts



Leiter des Institutsbereichs
Energie & Klimaschutz (FR/DA)
c.timpe@oeko.de
Tel.: +49 761 45295-233

Christof Timpe



Leiter des Institutsbereichs
Energie & Klimaschutz (B)
m.cames@oeko.de
Tel.: +49 30 405085-383

Dr. Martin Cames



Leiterin des Institutsbereichs
Nukleartechnik & Anlagensicherheit
b.kallenbach@oeko.de
Tel.: +49 6151 8191-122

Beate Kallenbach-Herbert



Leiter des Institutsbereichs
Infrastruktur & Unternehmen
m.buchert@oeko.de
Tel.: +49 6151 8191-147

Dr. Matthias Buchert



Leiter des Institutsbereichs
Produkte & Stoffströme
c.gensch@oeko.de
Tel.: +49 761 45295-241

Carl-Otto Gensch



Leiterin des Institutsbereichs
Umweltrecht & Governance
r.barth@oeko.de
Tel.: +49 6151 8191-130

Regine Barth



Leiter des Referats
Informationstechnologie
b.huettmann@oeko.de
Tel.: +49 6151 8191-126

Boris Hüttmann



Leiter des Referats Finanzen
t.manz@oeko.de
Tel.: +49 761 45295-234

Thomas Manz



Leiterin des Referats
Öffentlichkeit & Kommunikation
m.schoessig@oeko.de
Tel.: +49 30 405085-334

Mandy Schößig

Neues aus der Welt der Kommunikation

Sie kennen das Öko-Institut als Partner für die wissenschaftliche Forschung und Beratung für eine nachhaltige Zukunft. Dabei dürfen Sie Beständigkeit und zuverlässige Arbeit von uns erwarten. Gleichzeitig gehen wir auch immer mit der Zeit, nicht nur in unserer wissenschaftlichen Arbeit sondern auch wenn es darum geht, diese in die Öffentlichkeit zu tragen.

Verständlich, präzise und transparent – diese Leitprinzipien für unsere Kommunikation führte uns 2011 in den Bereich der „sozialen Medien“. Immer mehr Menschen informieren sich über soziale Netzwerke, tauschen sich privat und beruflich direkt miteinander aus und interagieren unvermittelt mit Politikern, Unternehmen und eben auch der Wissenschaft. Hier schnell Informationen bereit zu stellen und Möglichkeiten für Rückfragen und Diskussionen zu schaffen, war zentrales Ziel des Aufbaus von Profilen des Öko-Instituts in den folgenden Plattformen. Wir laden Sie ein, diese zu besuchen, sich regelmäßig dort ein Bild über unsere Forschung zu machen und uns gern Feedback dazu zu geben.

Das Öko-Institut in den sozialen Medien:

Twitter: Kurze Nachrichten aus dem Öko-Institut

Kurze Nachrichten in 140 Zeichen – auf Twitter präsentieren wir aktuelle Forschungsergebnisse, nehmen an Diskussionen teil und antworten möglichst kurzfristig auf Ihre Fragen.

www.twitter.com/oekoinstitut

Slideshare: Vorträge zum Nachlesen

Hier veröffentlichen wir Präsentationen aus Vorträgen, Gremien oder Diskussionsrunden. Darüber hinaus finden Sie hier weitere Publikationen des Instituts zu verschiedenen Themen.

www.slideshare.net/oekoinstitut

Flickr: Bilddatenbank online

Im Bildernetzwerk finden Sie Fotos von Veranstaltungen und zu ausgewählten Themen. Wenn Sie einzelne Bilder (für nicht-kommerzielle Zwecke) nutzen wollen, sprechen Sie uns gerne an.

www.flickr.com/oekoinstitut

Youtube: Bilder die bewegen

In unserem Youtube-Kanal zeigen wir Filme, die wir bzw. andere über uns erstellt haben sowie Medien-Interviews oder -Beiträge mit unseren Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern.

www.youtube.com/oekoinstitut

Jahrestagung 2012: "Energiewende – Gut vernetzt?"

Unter diesem Titel widmet sich das Öko-Institut in seiner Jahrestagung 2012 Fragen nach den Folgen der Energiewende: Welchen Anforderungen muss die Infrastruktur beim weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien genügen? Wie und mit welchen Kraftwerkskapazitäten können wir zukünftig klimafreundlich Strom und Wärme erzeugen? Welche Mechanismen benötigen die Strommärkte der Zukunft? Welche Anreize muss die Politik den Unternehmen setzen, damit klimafreundliche Investitionen vorankommen? Wie sollten Verbände sowie Bürgerinnen und Bürger bei der Infrastrukturplanung einbezogen werden? Wie gelingt der Ausgleich unterschiedlicher Interessen?

Datum: 13. September 2012

Ort: Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)
Behrenstraße 31-33
(Veranstaltungseingang)
10117 Berlin

Weitere Informationen zum Programm und zur Anmeldung finden Sie in den kommenden Monaten auf unserer Website:

www.oeko.de/jahrestagung2012

Die klassischen Informationsmedien des Öko-Instituts:

eco@work

Das E-Paper des Öko-Instituts informiert viermal im Jahr über den Stand unserer Forschung an den Standorten Freiburg, Berlin und Darmstadt. www.oeko.de/epaper

Website www.oeko.de

Studienergebnisse, Veröffentlichungen, Themenbeiträge und Positionen des Öko-Instituts sowie weitere aktuelle Ergebnisse unserer Arbeit finden Sie kostenfrei auf unserer Website.

Fachpublikationen

Das Öko-Institut veröffentlicht zwei Fachzeitschriften: den ELNI Law Review, der über Entwicklungen des europäischen Umweltrechts informiert sowie den KGV Rundbrief zu Aspekten industrieller Anlagengenehmigungsverfahren.

www.elni.org und www.oeko.de/kgvweben

Tagungen und Veranstaltungen

Das Öko-Institut organisiert wissenschaftliche Tagungen mit thematischen Schwerpunkten und veranstaltet Workshops zu Fachthemen. Unsere Experten beteiligen sich zudem mit zahlreichen Vorträgen am wissenschaftlichen Diskurs.

Mitglieder sorgen für Beständigkeit

Mit mehr als 2.500 Mitgliedern hat das als Verein strukturierte Öko-Institut einen breiten Rückhalt in der Gesellschaft. Auch wenn unsere Arbeit in erster Linie durch öffentliche und private Auftraggeber finanziert ist, bieten die Mitgliedsbeiträge und zahlreichen Spenden eine zusätzliche Grundlage, um in umstrittenen Fragen nach wie vor unabhängig Stellung zu beziehen. In der Laufzeitdebatte wie auch nach dem Unfall im Kernkraftwerk Fukushima Dai-ichi waren die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Öko-Instituts vielgefragt und mit insgesamt über dreitausend Beiträgen in Zeitungen, Radio und Fernsehen zum Thema präsent.

Ein bedeutender Faktor für das Öko-Institut sind die fast 350 Lebensmitglieder. Die Idee der Lebensmitgliedschaft wurde vor zehn Jahren geboren und findet enormen Anklang. Die Vorteile: Lebensmitglieder haben weniger Aufwand und sparen bei einer langen Mitgliedschaft. Das Öko-Institut hingegen kann Verwaltungskosten senken. Außerdem sind wir mit den Lebensmitgliedern auf besondere Weise verbunden.

2011 haben wir eine eigene Service-Seite im Internet aufgebaut, auf der Sie online alle Informationen zum Thema Mitgliedschaft finden. Sie können dort ganz bequem Mitglied werden oder uns durch eine Spende unterstützen.

Die neue Mitgliederseite finden Sie unter:
mitglieder.oeko.de

Für die Bearbeitung strategisch und gesellschaftlich wichtiger Themen brauchen wir Ihre Unterstützung – werden Sie Mitglied!

Übersicht über unsere Mitgliedsbeiträge:

- jährlicher Mitgliedsbeitrag: 80 Euro
- ermäßigter Jahresbeitrag (für Auszubildende, Studierende, Rentnerinnen und Rentner): 35 Euro
- Lebensmitgliedschaft: 1.000 Euro

Als Mitglied

- erhalten Sie vierteljährlich unsere Zeitschrift *eco@work* kostenlos zugeschickt.
- informieren wir Sie über Veranstaltungen des Öko-Instituts, für die Sie ermäßigten Eintritt erhalten.
- halten wir Sie über aktuelle Themen und Studien über unsere Website auf dem Laufenden.
- führen wir Sie gerne durch unser Plusenergie-Bürogebäude in Freiburg, das Sonnenschiff.
- können Sie Ihren Mitgliedsbeitrag selbstverständlich steuerlich absetzen.



Kontoverbindung für Spenden:

Sparkasse Freiburg
Bankleitzahl: 68050101
Kontonummer: 2063447

Ansprechpartnerin für Mitglieder:

Andrea Droste
Tel.: +49 761 45295-249
E-Mail: a.droste@oeko.de

**Geschäftsstelle
Freiburg**

Postfach 1771
D-79017 Freiburg
Merzhauser Straße 173
D-79100 Freiburg
Tel.: +49 761 45295-0
Fax: +49 761 45295-288

**Büro
Darmstadt**

Rheinstraße 95
D-64295 Darmstadt
Tel.: +49 6151 8191-0
Fax: +49 6151 8191-133

**Büro
Berlin**

Schicklerstraße 5-7
D-10179 Berlin
Tel.: +49 30 405085-0
Fax: +49 30 405085-388

info@oeko.de
www.oeko.de